

WAHLPRÜFSTEINE – ZUR LANDTAGSWAHL 2022

UNSERE ANTWORTEN FÜR DEN DVPB
LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN e.V.

1. Politische Bildung als Bildungsauftrag mit Verfassungsrang

Werden Sie sich in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, politische Bildung mit dem notwendigen Verfassungsrang auszustatten?

Unsere Antwort:

Wir als SPD-Fraktion möchten die politische Bildung auch in der nächsten Wahlperiode stärken. Demokratie- und Friedensbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, kulturelle und politische Bildung werden wir deshalb in allen Schulen ausbauen. Wir werden internationale Schulpartnerschaften ausweiten und für die Fortsetzung von „Demokratieschulen“ und „Demokratielernorten“ sorgen. Auch die Stärkung von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Europaschulen“ und anderen Schulprojekten haben wir zum Ziel. Wir stehen für mehr Partizipation und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern und werden deshalb Schülervertretungen bereits ab der Grundschule ermöglichen. Alle Schulen sollen ein eigenes „Demokratiebudget“ für entsprechende Projekte erhalten, über dessen Verwendung die Schülerschaft selbstständig entscheidet. Um Schülerinnen und Schülern bereits in einem sehr jungen Alter konkrete und vertiefende Erfahrungen über demokratische Prozesse, Verantwortung und auf Gewaltverzicht beruhende Konfliktlösungsmöglichkeiten näherzubringen, sollen die derzeit geltenden Regelungen für Schülerinnen und Schüler im Primarbereich sowie im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung so angepasst werden, dass Klassensprecherwahlen verpflichtend stattfinden können.

2. Politische Bildung als Unterrichtsfach

Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie? Wie wollen Sie dem Mangel an Fachlehrkräften und dem fachfremd erteilten Politikunterricht an allen Schulformen entgegenwirken?

Unsere Antwort:

Politische Bildung bzw. Demokratiebildung reicht für uns als SPD-Fraktion weit über eine reine Wissensvermittlung in einzelnen Fächern hinaus. Sie stellt ein wesentliches Kriterium von Unterrichts- und Schulqualität als Teil eines kontinuierlichen Schulentwicklungsprozesses dar.

Im Kern dreht es sich immer um die Frage, wie die Schule dazu beitragen kann, dass Kinder und Jugendliche ein Bewusstsein und eine Haltung als demokratische Bürgerinnen und Bürger entwickeln und wie sie motiviert und gestärkt werden können, sich aktiv gestaltend an Schule und Gemeinwesen zu beteiligen. Demokratiebildung/Politische Bildung ist demnach als Aufgabe der ganzen Schule zu erachten. Sie erfordert die Öffnung der Schule sowohl nach innen (z. B. Projektlernen, Klassenrat, Schülerinnen-/Schülerparlament, Entwicklung einer Feedbackkultur, Stärkung von Peer-Learning) als auch nach außen (Kooperationen mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Personen).

Die Schule ist der geeignete Ort, die politische Mündigkeit junger Menschen zu fördern, weil hier alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung erreicht werden. Politische Bildung in der Schule zielt zunächst darauf ab, ein Interesse junger Menschen an Politik zu wecken, ihnen grundlegendes Wissen zu vermitteln und darauf basierend deren politische Urteils-, Entscheidungs- und Mitwirkungsfähigkeit zu fördern.

Die Vermittlung und Förderung von Politik- und Demokratiekompetenz in den Dimensionen Werte, Einstellungen, Fähigkeiten und Wissen/Kritisches Denken ist Aufgabe der Demokratiebildung in der Schule. Wichtige Kompetenzen sind u.a. die Wertschätzung der Demokratie und der demokratischen Prozesse, der Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, Gleichheit, die Wertschätzung der Menschenwürde und Menschenrechte, die Wertschätzung der Vielfalt. Wichtig in der Vermittlung ist ebenfalls eine Offenheit für die kulturelle Vielfalt, die Gemeinwohlorientierung bzw. Solidarität. Es gilt aber auch, eine analytische und kritische Denkweise zu vermitteln, Kritik-, Konflikt- und Dialogfähigkeit zu fördern, die Fähigkeit zur Perspektivübernahme und Empathie genauso wie eine Partizipationsfähigkeit zu stärken. Außerdem sollte Wissen und kritisches Selbstverständnis sowie ein kritisches Weltverstehen, Informationen sammeln und einordnen/Medienkompetenz vermittelt und gefördert werden.

Das Anker- bzw. Kernfach politischer Bildung trägt an den unterschiedlichen Schulformen unterschiedliche Bezeichnungen (siehe Tabelle):

Bezeichnung	Schulform(en)
Sachunterricht (Fach mit verschiedenen Unterrichtsperspektiven, u. a. „Gesellschaft, Politik und Wirtschaft“)	<ul style="list-style-type: none"> Grundschulen: Jg. 1-4
Politik	<ul style="list-style-type: none"> Hauptschulen: ab Jg. 7 (auch Hauptschulzweig an Kooperativen Gesamtschulen) Realschulen: ab Jg. 7 (auch Realschulzweig an Kooperativen Gesamtschulen) Oberschulen: ab Jg. 7 Berufsbildende Schulen (auch Einführungsphase der Beruflichen Gymnasien)
Gesellschaftslehre (Verbundfach mit Inhalten aus den Bezugsfächern Geschichte, Erdkunde, Politik bzw. Politik-Wirtschaft und weiterer Bezugsdisziplinen)	<ul style="list-style-type: none"> Integrierte Gesamtschulen: ab Jg. 5
Politik-Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Gymnasien Sek. I ab Jg. 8, auch Gymnasialzweig an Kooperativen Gesamtschulen Gymnasien Sek. II ab Jg. 11 (auch Berufliche Gymnasien, Abendgymnasien sowie Kollegs) gymnasiale Oberstufe / Sek. II ab Jg. 11 an Integrierten Gesamtschulen
Im Bereich der <u>Förderschulen</u> gelten unterschiedliche Kerncurricula in Abhängigkeit vom jeweiligen Förderschwerpunkt bzw. der besuchten Schulform.	

Der Unterschied im Sek-I-Bereich zwischen den Schulformen ergibt sich durch die unterschiedliche Stundentafel. Die Kultusministerkonferenz (KMK) gibt in diesem Zusammenhang vor, dass ein Minimum von 16 Wochenstunden auf den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich entfallen sollen. Dabei werden die verschiedenen Fächer im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich an Integrierten Gesamtschulen (IGS) gemeinsam unterrichtet, an Gymnasien hingegen als eigene Fächer.

Grundsätzlich wird politische Bildung als Querschnittsaufgabe im unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Bereich an sämtlichen Schulformen verstanden (s.o.). Die Demokratiebildung stellt ein zentrales Bildungsziel der gesamten Schule dar und ist deshalb auch nicht auf den Politikunterricht, den Gesellschaftslehre oder gar nur auf den Sekundarbereich beschränkt.

Der schulische Unterricht befähigt Jugendliche, Einschätzungen politischer Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene vorzunehmen. Primär soll hier das demokratische Bewusstsein gestärkt, die Urteilsfähigkeit gefördert und ein zivilgesellschaftliches Engagement initiiert werden. Daraus soll sich dann eine Haltung generieren, die jede Form von Rassismus und Antisemitismus ebenso wie fundamentalistische Strömungen ablehnt, die daneben den Wert von Diversität anerkennt und die dann einen herausragenden Beitrag zur Friedens- und Menschenrechtserziehung leistet.

Verschiedene Wettbewerbe, Projekte, Initiativen und Netzwerke unterstützen diese Arbeit der Demokratiebildung in den Schulen. In Niedersachsen gibt es zahlreiche Akteure, die als Kooperationspartner, Beratungsstellen oder Anbieter von Veranstaltungen, Workshops oder Materialien für Schulen ansprechbar sind.

Den in der Frage angesprochenen Fachkräftemangel in den Schulen wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen angehen. Zunächst einmal möchten wir aber festhalten, dass uns allen, die in Niedersachsen für die Rahmenbedingungen der Lehrkräftegewinnung Verantwortung tragen, die Gewinnung von Lehrkräften ein größtes Anliegen ist. Es gibt nun ganz unterschiedliche und vielschichtige Gründe dafür, warum es uns in Niedersachsen an Lehrpersonal mangelt. Unter anderem, um einmal ein Beispiel zu nennen, liegt das auch an Familiengründungen der Lehrkräfte, also an Eltern- und Familienzeiten, was ja eine schöne Sache ist. Daran kann man auch sehen, dass man zuletzt viele junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt hat.

Und: mit den Etatansätzen für die Jahre 2022/23 können wir auch weiterhin allen Absolventinnen und Absolventen unserer Studienseminare ein Beschäftigungsangebot machen. Nicht die Haushaltsmittel, sondern die Anzahl der zur Verfügung stehenden Absolventinnen und Absolventen begrenzen den Umfang der möglichen Einstellungen. Dennoch hatte auch das Kultusministerium in der gegenwärtigen schwierigen Haushaltslage einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten: Die Landesregierung hat beschlossen, in sämtlichen Verwaltungsbereichen 50 Prozent des nicht besetzten Beschäftigungsvolumens – also „freie Stellen“ – zu streichen. Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen führte dies dazu, dass 50 Prozent der rund 2.600 freien Vollzeitstellen (VZE) für die Jahre 2022 und 2023 gesperrt werden. Die verbleibenden Einstellungsmöglichkeiten stehen jedoch weiterhin zur Verfügung, sodass wir die Möglichkeit haben, 2022 und 2023 zusammen 1.300 vollbeschäftigte Lehrkräfte mehr einzustellen, als wir in der Spitze der letzten Jahre beschäftigt haben.

Die Realisierung einer möglichst hohen Zahl an Einstellungen wird weiterhin die wichtigste Grundlage für die Stabilisierung der Unterrichtsversorgung bilden. Die Einstellungsmöglichkeiten hierfür stehen uns im Haushalt zur Verfügung und das wird selbstverständlich auch der politischen Bildung in den Schulen positiv zukommen.

In unserem Wahlprogramm machen wir zudem deutlich: wir als SPD wollen für alle Lehrerinnen und Lehrer die Besoldungsstufe A 13 und nicht nur wie seit August 2020 eine Stellenzulage für Lehrerinnen und Lehrer in A 12. Dazu stehen wir weiterhin und das ist eine Forderung, deren Realisierung ich persönlich für überfällig halte und die ich gerne in dieser Legislatur schon realisiert gesehen hätte. Auch das wird den niedersächsischen Schulen helfen, fehlendes Lehrpersonal zu finden. Wir wollen aber daneben auch in Zukunft weiterhin das Potenzial von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern nutzen, um die besten Möglichkeiten für unsere Schulen auszuschöpfen. Wir haben bereits in dieser Legislatur die Verfahren vereinfacht und beschleunigt und beziehen qualifizierte Bewerbungen von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern im Einstellungsprozess aktiv ein. Dabei ist uns aber auch eine gute Qualifikation des quereinsteigenden Lehrpersonals wichtig. Wir setzen daher auf eine bessere Fortbildung und Qualifizierung der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger und arbeiten daran, die Qualifizierung an den Studienseminaren und in den Schulen neu aufzustellen.

Für die momentane Entlastung an den Schulen steht aber auch noch das Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ zur Verfügung. Ein Großteil der Mittel aus diesem Programm geht dabei als Sonderbudget direkt an die Schulen und kann u.a. auch für zusätzliches Personal genutzt werden.

Zudem wurde in dieser Legislatur das Berufsbild Schulleitung aufgewertet. Mit der Veröffentlichung des „Berufsbild Schulleitung“ erkennt die Landesregierung Schulleitung nun als ganz eigenes Berufsbild an. Die Veröffentlichung des Berufsbilds, das nach intensiver Vorbereitung gemeinsam mit Schulleitungsverbänden und erfahrenen Schulleitungen entstanden ist, kann jedoch nur ein erster Schritt sein: Eine behördenübergreifende Gruppe soll nun die Berufsbild-Vorgaben gemeinsam mit den Schulleitungsverbänden in die Praxis überführen. Dabei geht es unter anderem um bessere, entlastende Arbeitsbedingungen und Unterstützungsmaßnahmen sowie um eine Anpassung der Eigenverantwortlichkeit mit mehr Befugnissen oder konkreten Vorgaben, wo es Sinn ergibt. Und künftige Qualifizierungsmaßnahmen für Schulleitungen werden sich natürlich ebenfalls an das „Berufsbild Schulleitung“ anlehnen.

Schließlich werden sich all diese Maßnahmen selbstverständlich auch positiv auf die politische Bildung auswirken.

3. Politische Bildung als Querschnittsaufgabe

Planen Sie konkrete Schritte, wie beispielsweise die Einrichtung zweckgebundener Haushaltsmittel für jede Schule zur Förderung der politischen Bildung (bspw. für Projekte und Kooperationen) oder die Ausweitung von Anrechnungsstunden für Kolleg*innen, die sich für die Etablierung von politischer Bildung als Querschnittsaufgabe engagieren (bspw. über Projekte oder Arbeitsgemeinschaften)?

Unsere Antwort:

Über die Projekte, die wir bereits fördern und ausbauen wollen, haben wir ja oben bereits gesprochen. Grundsätzlich sind wir immer dafür offen, demokratiefördernde Projekte zu unterstützen, weil wir es für eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben halten, Menschen möglichst früh demokratische Prozesse näherzubringen. Daran werden wir selbstverständlich auch nach der Wahl festhalten.

Im Prinzip stimmen wir der Forderung, die Anrechnungsstunden für Kolleg*innen, die sich für die politische Bildung engagieren, zu. Mit zusätzlichen Anrechnungsstunden ist das allerdings momentan besonders schwierig. Auch wenn wir den Höhepunkt der Omikron-Welle hoffentlich bereits überschritten haben, die Infektionszahlen inzwischen glücklicherweise wieder fallen und die Pandemie hinsichtlich eines geregelten Schulablaufs derzeit kontrollierbar erscheint, sind die Nachwirkungen der Krise auf die Unterrichtsversorgung stets spürbar. Hinzu kommt die unvorhergesehene Herausforderung der zusätzlich zu beschulenden Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine. Auch in Hinblick auf diese die Unterrichtsversorgung vor eine erneute Hürde stellende Schwierigkeit ist es aktuell nicht zu verantworten, die Unterrichtsversorgung durch zusätzliche Anrechnungsstunden sinken zu lassen.

Wir bitten auch um Verständnis dafür, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein konkretes Datum nennen können, wann eine Forderung nach Anrechnungsstunden wieder vorgelegt werden kann. Wir versichern Ihnen dennoch, dass diese wichtige Forderung nicht in Vergessenheit geraten wird.

4. Politische Bildung in den Bildungsstätten, Vereinen und Initiativen

Wie planen Sie die Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Niedersachsen leisten?

Unsere Antwort:

Wir werden jedem Projekt, jeder Bildungsstätte, jedem Verein und jeder Initiative gegenüber aufgeschlossen sein, welche einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige und demokratische politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Niedersachsen leistet. Das waren wir in der letzten Legislatur und das werden wir selbstverständlich auch in der Nächsten sein. Wir unterstützen zudem die Bemühungen des Bundes, bis Ende des Jahres ein Demokratiefördergesetz zu verabschieden, das den Kampf gegen den Rechtsextremismus in dieser Gesellschaft auf verlässliche Füße stellt. Das Gesetz soll die Finanzierung von Vereinen, Stiftungen und Initiativen dauerhaft sicherstellen, die sich für die Demokratie, für politische Bildung und gegen den Rechtsextremismus einsetzen.

5. Landeszentrale für politische Bildung

Planen Sie die finanziellen Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung auszubauen? Falls ja, in welcher Größenordnung? Welche weiteren Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?

Unsere Antwort:

Die niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung ist für die Stärkung der Demokratie wesentlich.

Mit der Landeszentrale für politische Bildung gibt es in Niedersachsen durch die maßgebliche Arbeit der hiesigen SPD-Fraktion wieder eine zentrale Anlaufstelle für die politische Bildungsarbeit, die koordiniert, vernetzt, sichtbar macht und neue Impulse setzt. Wir streben weiterhin die Stärkung und den Ausbau der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung als Fach- und Netzwerkstelle für politische Beteiligung an, insbesondere im Bereich politische Medienkompetenz. Nur mittels einer guten Arbeit für Demokratie und Vielfalt lassen sich die Gefahren des Rechtsextremismus hinreichend abwehren. Diese gute Arbeit gilt es auch in Zukunft zu unterstützen und diese Aufgabe werden wir selbstverständlich auch nach der Landtagswahl 2022 intensiv wahrnehmen.